

E-Mails aus Anlass der „Generaldebatte“ vom 31.01.2024

Am 31. Januar 2024 fand im Rahmen der Beratung des Bundeshaushalts für das Jahr 2024 die so genannte „Generaldebatte“ statt, deren Anlass die Beratung des Haushalts des Bundeskanzleramtes ist. Ein Teil der politischen Auseinandersetzung war dieses Mal auch dem Umgang mit der AfD gewidmet. Anlass war nicht zuletzt die von der Co-Fraktionsvorsitzenden dieser Partei, Alice Weidel, vorgebrachte Behauptung: „Diese Bundesregierung hasst Deutschland!“ Als Betreiber meiner Webseite „Kühlen Kopf bewahren!“ habe ich dies zum Anlass genommen, Alice Weidel, dem auf ihre Beschuldigung direkt eingehenden CSU-Politiker Alexander Dobrindt und – in etwas anderem Zusammenhang – dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz am 31. Januar/1. Februar 2024 E-Mails zukommen zu lassen, deren Text nachfolgend wiedergegeben ist.

E-Mail an Alice Weidel vom 31.01.2024, 19.42 Uhr, mit dem Betreff „Hass auf Deutschland?“:

Sehr geehrte Frau Weidel MdB,

in der heutigen Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages haben Sie erklärt, die amtierende Bundesregierung hasse Deutschland. Die – tieftraurige – Wahrheit ist jedoch: Ihre Partei hasst Deutschland! Sie hasst – vermutlich ebenso Sie selbst – das Deutschland, das gegenwärtig die Gestalt der Bundesrepublik Deutschland hat. Sie erwähnten die Demonstrationen der Bauern gegen die Agrarpolitik, vergaßen aber geflissentlich hinzuzufügen, dass sich der Deutsche Bauernverband gegen eine Unterwanderung dieser Proteste „von rechts“ verwahrt hatte – womit mit hoher Sicherheit auch Ihrer Partei nahestehende oder gar angehörende Personen gemeint gewesen sein dürften. Zu den Enthüllungen über ein Treffen rechtsextremer Kreise in Potsdam im November letzten Jahres, an dem auch Personen aus Ihrem engsten Umfeld beteiligt waren, unterstellten Sie einem unabhängigen Recherche-Netzwerk, im Auftrag der Regierung zu arbeiten, und die gegen Ihre Partei gerichteten Kundgebungen der letzten Tage und Wochen, die einen viel größeren Zulauf hatten als die der Bauern, geruhten Sie zu diffamieren. In Ihrer Vorstellungswelt scheint es keine denkenden Menschen mehr zu geben, die nicht bereit sind, Ihren kruden und zerstörerischen Ideen hinterherzurennen. Aber ich gehöre zu einer Gruppe von Menschen, deren Leben in den Augen Ihrer offensichtlichen Vorbilder als „nicht lebenswert“ galt.

Und so schlieÙe ich mich den hunderttausenden Menschen an, die derzeit mit dem Slogan „Nie wieder ist jetzt!“ auf die StraÙe gehen und ein besseres Deutschland wollen als Sie und Ihre Partei.

Mit freundlichen GrüÙen

Bernd Masmeier

Diplom-Pädagoge

(Betreiber der Website [Kühlen Kopf bewahren!](#))

Am Schönenkamp 110

40599 Düsseldorf

Tel.: 02 11 - 15 82 07 62

mobil: 01 72 - 2 41 15 62

E-Mail: kontakt@kuehler-kopf.de oder kontakt@politik-fuer-menschen-mit-handicap.de

Internet: www.kuehler-kopf.de; www.politik-fuer-menschen-mit-handicap.de

E-Mail an Alexander Dobrindt vom 01.02.2024, 13.22 Uhr, mit dem Betreff „Hass auf Deutschland“ (nur Text):

Sehr geehrter Herr Dobrindt MdB,

ungeachtet der übrigen Teile Ihrer Rede in der gestrigen Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages möchte ich mich bei Ihnen ausdrücklich für Ihre an die Adresse von Alice Weidel gerichtete Klarstellung bedanken, dass die amtierende Bundesregierung Deutschland nicht hasst. Diesen Dank möchte ich jedoch mit einer Frage verbinden: Warum haben Sie dem nicht hinzugefügt, die Wahrheit sei, dass sie (bzw. die AfD als Partei) Deutschland hasst? Diese Bemerkung hatte ich mir von Ihnen nach der beschriebenen Klarstellung erwartet, zumindest aber erhofft. Was hat sie von diesem – aus meiner Sicht geradezu notwendigen – zweiten Teil der Klarstellung abgehalten? Die Angst vor einem Ordnungsruf? Frau Weidel hat keinen solchen erhalten; folglich wären entsprechende Befürchtungen eher unbegründet gewesen. Aufrechte Demokraten müssen bisweilen drastisch werden können und bereit sein, hierfür gewisse Konsequenzen in Kauf zu nehmen. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, an den legendären Abgeordneten Herbert Wehner zu erinnern: Wenn ich richtig informiert bin, hat er sich insgesamt über 90 Ordnungsrufe eingehandelt; seinem Ruf als einem aufrechten Demokraten hat es eher genutzt als geschadet.

Zu Ihrer Information: Ich habe Ihr Frau Weidel betreffendes Versäumnis noch gestern nachgeholt; nachfolgend der Text meiner an sie gerichteten E-Mail von gestern, 19.42 Uhr: (Text ist vorstehend wiedergegeben)

Mit freundlichen GrüÙen

E-Mail an Friedrich Merz vom 01.02.2024, 15.22 Uhr, mit dem Betreff „Ihre gestrige Rede im Deutschen Bundestag“ (nur Text):

Sehr geehrter Herr Merz MdB,

Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Sie sind Führer der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. In dieser Eigenschaft sind Sie mit diesen Herausforderungen ebenso konfrontiert wie die Bundesregierung. Diese zu kritisieren ist als Oppositionsführer nicht nur Ihr gutes Recht, sondern sogar Ihre Pflicht. So weit, so gut.

Eine der oben angesprochenen Herausforderungen besteht in der Tatsache, dass mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine jedenfalls in Teilen als „gesichert rechtsextrem“ eingestufte Partei (Erkenntnisse dreier Landesämter für Verfassungsschutz) gute Chancen hat, sowohl bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als auch bei den Landtagswahlen in drei Bundesländern in diesem Jahr gute Ergebnisse zu erzielen und in mindestens einem von diesen sogar die meisten Sitze im Landesparlament erringen zu können. Dies stellt eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland dar, der sich die tatsächlich demokratischen Parteien im Interesse der übergroßen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu stellen haben. Leider muss ich Ihnen vorwerfen, dass Sie mit Ihrer gestrigen Rede in diesem Punkt der oben beschriebenen Herausforderung nicht hinreichend gerecht geworden sind. Sie haben darin die Bundesregierung bzw. die sie tragenden Parteien aufgefordert: „Muten Sie sich, muten Sie uns nicht länger Ihre Aufrufe zur Zusammenarbeit zu!“ Zudem haben Sie der so genannten „Ampel“-Regierung die Hauptschuld am Erstarken der AfD angelastet.

Die zitierte Aufforderung wird gemeinhin als eine Aufkündigung jeglicher Zusammenarbeit mit der Bundesregierung verstanden. Jegliche Zusammenarbeit haben Sie mehrfach (teils allerdings nicht wirklich glaubwürdig) auch mit der AfD ausgeschlossen. Ob Sie es nun beabsichtigen oder nicht: Mit einer Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung (oder den sie stellenden Parteien) stellen Sie diese auf eine Stufe mit der AfD! Damit schwächen Sie den notwendigen (auch politischen) Kampf gegen diese Partei und liefern ihr zudem noch Munition für ihre krude Ideologie (etwa nach dem Motto „Die ‚Altparteien‘ kriegen es gar nicht mehr hin, die fallen jetzt schon übereinander her.“). Und was die Besorgnis erregenden Umfragergebnisse dieser Partei betrifft: Sicherlich mögen diese ein Stück weit der Unzufriedenheit mit der derzeitigen Bundesregierung zuzurechnen sein; allerdings sollten Sie ganz persönlich sich die Frage stellen, weshalb von dieser die AfD in weitaus höherem Maße profitiert als Ihre eigene Partei. Auch wenn Sie es wahrscheinlich nicht gerne hören (bzw. lesen) mögen: Ihre Art Politik zu betreiben ist es, die der AfD immer wieder in die Hände spielt. Viel zu oft kopieren Sie (bewusst oder unbewusst) deren Po-

litikstil: eine These wird provokativ in den (politischen Diskussions-)Raum geworfen, und wenn sie dann doch zu provokativ war, wird eben schleunigst zurückgerudert. Die meisten Menschen, die aus Unzufriedenheit bereit sind, AfD zu wählen, registrieren so etwas und fragen sich dann (womöglich noch aus den so genannten „sozialen Netzwerken“ inspiriert), warum sie da nicht gleich das Original wählen sollen (schließlich deklariert sich die AfD selbst als „bürgerliche“ Partei [und versucht so auch immer wieder, sich Ihrer Partei anzubiedern]).

Sehr geehrter Herr Merz, ich bitte Sie inständig: Werden Sie als Oppositionsführer Ihrer Verantwortung für unser Land ebenso gerecht wie es die Bundesregierung zu tun versucht. Auch ich bin bei Weitem nicht mit allen von ihr ergriffenen Maßnahmen einverstanden (wenngleich, um ehrlich zu sein, mit den meisten eher als mit den von Ihnen oder Ihrer Partei vorgeschlagenen), aber ich denke, dass sie das aus ihrer Sicht Beste für unser Land will. Über Ziele kann man ebenso streiten wie über die Wege dorthin; dass kann, das darf in einer funktionierenden Demokratie kein Thema sein und muss auch „mit harten Bandagen“ geschehen können. Wenn aber eine sich als „demokratisch“ verstehende Partei den Dialog mit den anderen, ebenfalls auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehenden Parteien aufkündigt, schädigt sie die Demokratie selbst und stärkt deren Feinde. Ich bin nicht unbedingt ein Freund Ihrer Partei, das gebe ich unumwunden zu; aber ich bin ein Freund der Demokratie und ein Feind des Totalitarismus, und ich würde es unendlich schade finden, wenn eine sich als bürgerlich verstehende und an christlichen Werten und der Idee der Menschenwürde orientierte Partei letztlich zu dessen Wegbereiter werden sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Düsseldorf, den 1. Februar 2024